

Medienmitteilung

Ostermundigen, 30. April 2021

**Berner Komitee sagt NEIN zu den beiden extremen Agrarinitiativen und zeigt deren Auswirkungen auf**

**Am 13. Juni kommen mit der Trinkwasser- und der Pestizidfrei-Initiative zwei sehr extreme und nicht zielführende Vorlagen zur Abstimmung. Das Berner Komitee setzt sich für ein doppeltes NEIN ein und zeigt am Beispiel der Weinkellerei Riem & Daepf die Auswirkungen der beiden Initiativen für Berner KMU's auf.**

Die Auswirkungen bei Annahme der beiden extremen Agrar-Initiativen tangieren nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die nachgelagerten Branchen wie die Lebensmittelindustrie, Gastro-Betriebe, Tourismus bis hin zu den Konsumentinnen und Konsumenten. Die Lebensmittelproduktion ginge in der Schweiz um bis 30% zurück. Dies wiederum hat Auswirkungen auf unzählige Arbeitsplätze und Lehrstellen – auch und v.a. im Kanton Bern. Durch die zurückgehende inländische Produktion würde die Selbstversorgung sinken und damit die Ernährungssicherheit bedroht. Importe, erhöhte Umweltbelastung und die Zunahme von Foodwaste wären weitere Folgen.

**Bestrebt, Sorge zum Erbe zu tragen**

Für Herbert Riem, Geschäftsführer Weinkellerei Riem & Daepf und Landwirt, sind die Initiativen Ausdruck einer Wohlstands-Verwahrlosung. Eine Annahme würde nicht nur den Menschen in der Schweiz schaden, sondern in erster Linie der Natur. Teil der Lösung sind die Bauernfamilien mit ihrem stetigen Bestreben der Natur und somit dem Erbe Sorge zu tragen.

**Versorgung sichern ist auch Sicherheit!**

Werner Salzmann, Ständerat SVP Kanton Bern, hält fest, dass die Agrarinitiativen ganz klar unsere Versorgung bedrohen. Es sind eigentliche «Importinitiativen»: Bei einem JA wären wir bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen abhängiger vom Ausland. Die Pestizidverbots- und Trinkwasser-Initiativen werden den Selbstversorgungsgrad in der Schweiz, je nach Nahrungsmittel, zwischen 30 bis 40% senken. Kein Land der Welt würde sich in seiner Produktion und Versorgung dermassen selbst in Bedrängnis bringen. Damit Ernährungssicherheit gewährleistet ist, muss jedes Land eigenverantwortlich für eine nachhaltig ausgelegte Produktion sorgen und die eigene Landwirtschaft gezielt fördern. Gemäss der Debatte um die Ernährungssicherheitsinitiative heisst das für die Schweiz einen Selbstversorgungsgrad zwischen 55 und 60%. Damit kann die Ernährung unserer Bevölkerung auch in Krisenlagen sichergestellt werden. Wie plötzlich es zu solchen Krisen kommen kann, erleben wir ja jetzt gerade.

### **Gewerbe und Landwirtschaft müssen zusammenhalten!**

Lars Guggisberg, Nationalrat SVP Kanton Bern, weist darauf hin, dass auch Bauernbetriebe zu den kleinen und mittleren Unternehmen gehören. Zudem sind Gewerbler und Landwirte aus dem gleichen Holz geschnitzt. Beide Berufsgruppen denken und handeln unternehmerisch, beide versorgen unser Land mit wertvollen Gütern und Dienstleistungen, beide sind «Chrampfer» und beide tragen dazu bei, dass unser einzigartiges Berufsbildungssystem funktioniert. Und sowohl die Landwirtschaft als auch das Gewerbe sind angewiesen auf gute Rahmenbedingungen hinsichtlich staatlicher Eingriffe, Bürokratie, Abgaben, Bildung, Energie und Verkehr.

### **Veränderungen Hand in Hand angehen**

Gabi Schürch, Bio-Bäuerin und Vize-Präsidentin SBLV, wünscht sich, dass nachhaltige Veränderungen Hand in Hand gehen. Es ist ein gemeinsamer Prozess, den wir angehen müssen. Nach dem Prinzip vom Feld bis auf den Teller sollen alle Beteiligten einbezogen werden. Produzenten, Konsumenten, Verarbeiter, Grossverteiler, Politik, Verbände und weitere gehören dazu. Eine radikale Veränderung der Landwirtschaft, nur auf dem Buckel der Bauernfamilien zu erzwingen, ist verantwortungslos. Gabi Schürch will unsere Probleme hier lösen und in der Schweiz hochwertige, nachhaltige Lebensmittel produzieren.

### **Nur Betriebseigenes Futter**

Nicole Mühlestein, Meisterlandwirtin Bio Hof Mühlestein, hat Flächen, auf denen sie nur Gras produzieren kann und Gras können Hühner sehr schlecht zu Eier umwandeln. Bei einem JA zu der Initiative, dürfte sie das Gras nicht mehr ihrem Nachbarn verkaufen, der es seinen Kühen verfüttert. In der Konsequenz würde sie kein Gras mehr anbauen. Dies wiederum bedeutet für ihren Betrieb, dass sie weniger Hühner halten könnte. Die Bevölkerung würde aber trotzdem Eier essen. Jetzt stellt sich die Frage, ob wir lieber Futter importieren und die Tiere nach Schweizer-Vorschriften halten oder ob wir Eier aus Ländern importieren, wo wir keine Kontrolle bezüglich strengem Tierschutz haben.

### **Die Vorlagen bedrohen die Existenz einer ganzen Branche**

Christian Santschi, Fleischfachverband Kanton Bern und Verkaufsleiter bei Bigler Fleischwaren, hält fest, dass es in der Schweiz rund 900 fleischverarbeitende Betriebe (darunter rund 80 im Kanton Bern) gibt. Der grösste Teil sind kleine und mittlere Familienbetriebe welche eine wichtige Rolle bei der Aus- und Weiterbildung der zukünftigen Fleischfachfrauen- und Männer einnehmen. Die fehlenden Nachwuchskräfte würden in einer bereits von Fachkräftemangel geplagten Branche das definitive Ende bedeuten. Die heutigen ca. 24'000 Arbeitsplätze würden auf ein drastisches Minimum reduziert. Dies würde langfristig bedeuten, dass wir fachlich un ausgebildetes Personal im Verkauf hätten, welches uns Fleischwaren aus dem Ausland verkaufen möchte. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass hinter jeder Wurst und jedem Schinken, welche in einem der vielen beliebten Hofläden angeboten werden, irgendwo eine Ausbildung zum Metzgerhandwerk steckt.

### **Kontakt:**

Hans Jörg Rüeeggesser, Präsident BEBV, Präsident Berner Komitee, 079 393 87 50

Werner Salzmann, Ständerat, Co-Präsident Berner Komitee, 079 317 91 24

Katja Riem, Winzerin EFZ, Co-Präsidentin Berner Komitee, 079 775 74 55